

## **Niederschrift**

über die 30. Sitzung (öffentlicher Teil)  
**des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung**  
am Dienstag, **19.08.2008**, 17:00 Uhr,  
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Georg Berding , Werner Quante , Ursula Schaffstein , Florian Steinforth , Stefan Weber , Simone Wendland

### **von der SPD-Fraktion**

Manfred Engelmann , Elke Leiendecker , Kurt Pölling

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Heribert Klas , Thomas Marczinkowski

### **von der FDP-Fraktion**

Hans Varnhagen

### **von der Fraktion UWG-MS/ödp**

Fritz Pfau

### **von der Verwaltung**

Stephan Böhme (zu TOP 4 der öffentlichen Sitzung), Erwin Goerke , Dr. Wolf Heinrichs , Horst-Werner Koch (zu TOP 4 der öffentlichen Sitzung), Jochen Lüken , Dr. Anna Ringbeck (zu TOP 3 der öffentlichen Sitzung), Martin Schulze-Werner

### **für die Schriftführung**

Andrea Gottlob

### **Es fehlten:**

Dr. Rita Stein-Redent

### **Tagesordnung:**

- |                           |    |                                                                                                                                                                                                                         |
|---------------------------|----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                           | 1. | Eingänge und Mitteilungen                                                                                                                                                                                               |
| <u>V/0371/2008</u><br>III | 2. | Handlungskonzept 'demografischer Wandel in Münster':<br>Demografiebericht, Demografieleitbild und Steuerungszyklus demografieorientierte Stadtentwicklung                                                               |
| <u>V/0558/2008</u><br>IV  | 3. | Umsetzung des § 16 Absatz 3 SGB II bei der Stadt Münster - Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung                                                                                                           |
|                           | 4. | Berichte der Verwaltung<br>- Verkehrsunfallprävention<br>- Urteil des VG zum Abstellen von Fahrrädern<br>- Entscheidung BVerfG zum Nichtraucherschutz<br>- Ergebnis der Umfrage zu den Öffnungszeiten des Wochenmarktes |
|                           | 5. | Verschiedenes                                                                                                                                                                                                           |

#### **Punkt 1 der Tagesordnung**

#### **Eingänge und Mitteilungen**

Herr Weber erklärte, dass die Vorlage V/0371/2008 „Handlungskonzept Demografischer Wandel“ von der Tagesordnung abgesetzt werden solle. Er verwies dabei auf ein Schreiben des Oberbürgermeisters, wonach aus den Fraktionen die Bitte gekommen sei, die Vorlage erst in der Dezemberkette zu beraten, um mehr Zeit einzuräumen, diese wichtige Vorlage fundiert und angemessen diskutieren und beraten zu können. Die Verwaltung habe bereits im Vorgriff auf die Beschlussfassung zur Vorlage für den 30.10.08 ein öffentliches Hearing zum Thema geplant. Dazu würden alle Mandatsträger noch eingeladen. Es bestand Einvernehmen, dass die Vorlage abgesetzt wird.

Herr Dr. Heinrichs berichtete, dass der Einzelhandelsverband Münsterland e.V. einen Antrag für einen verkaufsoffenen Sonntag am 28.12.08 für die Innenstadt gestellt habe. Die Verwaltung werde hierzu für die nächste Ratskette eine entsprechende Beschlussvorlage fertigen.

Des Weiteren berichtete Herr Dr. Heinrichs über einen Ratsantrag der BV-Nord zum Mitführen von Fahrrädern auf den Wochenmärkten. Er habe dazu die Sprecher angeschrieben. Die Verwaltung werde die Situation für alle Marktstandorte aufbereiten und den Gremien eine Beschlussvorlage für die nächste Beratungskette vorlegen.

Im Namen des Ausschusses sprach Herr Weber sodann noch Herrn Lüken, der zwischenzeitlich in Personalunion zum Vorsitzenden des Gesamtpersonalrates und des Personalrates Allgemeine Verwaltung gewählt sei, seine Glückwünsche zur Wahl aus. Der Ausschuss freue sich auf die weitere bewährte Zusammenarbeit.

|                                                 |                                                                                                                                                                   |
|-------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 2 der Tagesordnung<br/>V/0371/2008</b> | <b>Handlungskonzept 'demografischer Wandel in Münster':<br/>Demografiebericht, Demografieleitbild und Steuerungszyklus demografieorientierte Stadtentwicklung</b> |
|-------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Einvernehmlich wurde die Vorlage von der Tagesordnung abgesetzt.

|                                                 |                                                                                                                      |
|-------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 3 der Tagesordnung<br/>V/0558/2008</b> | <b>Umsetzung des § 16 Absatz 3 SGB II bei der Stadt Münster - Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung</b> |
|-------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Frau Dr. Ringbeck gab einen umfangreichen Bericht zu den Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. Sie ging hierbei insbesondere auf die Umsetzung bei der Stadt Münster ein und stellte die einzelnen Projekte dar.

Herr Pölling bedankte sich für die ausführliche Vorlage mit den sehr umfassenden Informationen. Die von ihm gestellten Nachfragen beantwortete Frau Dr. Ringbeck eingehend. Dabei stellte sie auch den Vergleich der Stadt Münster zu anderen Kommunen dar. Die Stadt Münster sei in diesem Themenfeld sehr gut aufgestellt und habe noch keine Negativ-Presse, was durchaus in anderen Kommunen vorgekommen sei. Ebenso sei die Stadt Münster auch nicht in dem Bericht des Bundesrechnungshofes, der die Umsetzung der Arbeitsgelegenheiten in einigen Fällen bemängelt hatte, erwähnt. Auch hier gebe die Stadt Münster ein positives Beispiel.

Die Ausschussmitglieder nahmen den Bericht zur Kenntnis.

|                                 |                                                                                                                                                                                                                                   |
|---------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>Punkt 4 der Tagesordnung</b> | <b>Berichte der Verwaltung<br/>- Verkehrsunfallprävention<br/>- Urteil des VG zum Abstellen von Fahrrädern<br/>- Entscheidung BVerfG zum Nichtraucherschutz<br/>- Ergebnis der Umfrage zu den Öffnungszeiten des Wochemarktes</b> |
|---------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

#### 4.1 Verkehrsunfallprävention

Herr Böhme gab anhand einer PowerPointPräsentation einen sehr ausführlichen Sachstandsbericht zu den Verkehrsunfallpräventionsmaßnahmen. Er erläuterte dabei die bisher durchgeführten Maßnahmen, welche Maßnahmen darüber hinaus möglich seien, welche davon noch umgesetzt würden. Er ging dabei auf die unterschiedlichen Prioritäten ein und beschrieb diese anhand von Einzelmaßnahmen.

Herr Böhme machte Ausführungen zu den Maßnahmen, auf die besonderes Augenmerk gelegt werde wie

- die Revision der Radverkehrsanlagen im Hinblick auf Verdeutlichung des Vorrangs parallel fahrender Radfahrer an Einmündungen und Grundstückszufahrten durch Umbau oder Markierung,
- die Markierung von Furten im Zuge von Radwegen, die für beide Richtungen freigegeben sind,
- die Kennzeichnung von Pfosten im Zuge von Radwegen und
- den sonstigen bau- oder verkehrstechnischen Maßnahmen der Unfallprävention.

Er ging dabei auch auf die Sicherung von Radfurten gegen Fehlinterpretationen des

Fußgänger-Rot durch abbiegende Kraftfahrer ein und verwies auf das in Kürze erscheinende Gutachten.

Anschließend beantwortete Herr Böhme die Fragen aus dem Ausschuss, insbesondere die Frage nach den Kosten. Hier verwies Herr Böhme darauf, dass die für die baulichen Maßnahmen eingeplanten 250.000 € ziemlich ausgeschöpft seien, die restlichen 150.000 € würden für die erforderliche Öffentlichkeitsarbeit wie die Auftaktveranstaltung, Rundfunkaktionen, Zeitungsannoncen etc. gebraucht.

Herr Weber bedankte sich im Namen des Ausschusses für die sehr umfangreichen Ausführungen. Die Folien der PowerPoint-Präsentation sind der Niederschrift beigelegt.

Herr Schulze-Werner ergänzte die Ausführungen von Herrn Böhme dahingehend, dass das Gutachten am 04.09.08 im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt werde. Um 17.00 Uhr sei an diesem Tag eine Informations-Veranstaltung geplant, zu der Herr Schulze-Werner die interessierten politischen Vertreter gerne erwarte.

#### 4.2 Urteil des Verwaltungsgerichts zum Abstellen von Fahrrädern

Herr Schulze-Werner erläuterte den Ausschussmitgliedern die inhaltlichen Aussagen des Urteils. Am 15.08.08 habe die Verwaltung einen Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt, da das Urteil Anlass dazu gäbe, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes überprüfen zu lassen. Einzelne wesentliche Rechtsauffassungen der Stadt Münster seien in dem Urteil nicht berücksichtigt worden. Herr Schulze-Werner rechne in 2 – 3 Monaten mit einer Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts. Er betonte, dass es ihm wichtig sei, die Rechtsposition der Verwaltung zu vertiefen. Man streite für den geordneten Verkehr vor dem Bahnhof und für die Ordnung in der Stadt.

Auf Nachfrage erklärte Herr Schulze-Werner, dass die Tätigkeiten des Fahrradkontrolldienstes in vielen Bereichen im Wesentlichen so weiterliefen wie bisher. Es dürfe nicht dazu kommen, dass die Stadt Münster im Fahrradchaos unterginge. Herr Schulze-Werner wies darauf hin, dass durch die Berichterstattung zwischenzeitlich bereits Bestrebungen aufgenommen worden seien, die Straßenverkehrsordnung zu ändern. So hätten viele Kommunen den Fall „Münster“ in der Presse verfolgt. Einzelne Kommunen hätten auch schon den Bundesverkehrsminister angeschrieben, um auf eine entsprechende Änderung der Straßenverkehrsordnung hinzuwirken. Der nächste Verkehrsgesichtstag in Goslar werde sich in einer eigens dafür vorgesehenen Arbeitsgruppe mit diesem Thema beschäftigen.

Herr Dr. Heinrichs gab eine Stellungnahme aus kommunalpolitischer Sicht ab. Er sei dankbar für die Signale, die zu dieser Sache aus der Politik kämen.

#### 4.3 Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Nichtrauchererschutz

Herr Koch berichtete zu der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und gab Hinweise zur Situation in der Stadt Münster. In Münster gäbe es zurzeit ca. 100 Anzeigen, in rund 30 Fällen seien Verfahren eingeleitet. Die Verwaltung sei dabei mit den Gaststättenbetreibern im Gespräch. Täglich gingen Anrufe zum Thema Nichtrauchererschutz ein. Herr Koch stellte sehr anschaulich anhand von Beispielen dar, dass es sich in einigen Fällen auch um zu vernachlässigende Anzeigen/Anrufe handle. Er beantwortete die Fragen aus dem Ausschuss.

Herr Dr. Heinrichs gab abschließend eine Stellungnahme für die Verwaltung ab und er-

klärte, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch unbestimmte Rechtsbegriffe enthalte. Der Gesetzgeber sei jetzt gefordert, rechtssichere Regelungen zu treffen.

#### 4.4 Ergebnis der Umfrage zu den Öffnungszeiten des Wochenmarktes

Herr Koch erläuterte das Ergebnis aus der Umfrage und stellte dies in Zahlen dar. Es könne festgestellt werden, dass die Marktbesucher in der Summe durchweg mit den Öffnungszeiten zufrieden seien. Ausreißer nach oben und unten seien normal. Im Anschluss beantwortete er die aus dem Ausschuss hierzu aufgeworfenen Fragen.

Herr Varnhagen schlug vor, die Ergebnisse doch über eine kurze Pressemitteilung zu veröffentlichen, um die Diskussion zu diesem Thema damit abzuschließen.

#### **Punkt 5 der Tagesordnung**

#### **Verschiedenes**

Keine Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 18:20 Uhr

Gez.  
Stefan Weber  
Vorsitz

Gez.  
Andrea Gottlob  
Schriftführung